

Verbindungstag 4. Mai 2013
Referat Hans Rudolf Hoffmann v/o Zack, KTV Aarau

Mehr Standhaftigkeit in der Aussenpolitik

Anrede

I) Einleitung

Die Versuchung war gross, Euch mit einer Sammlung von Anekdoten, skurrilen, bisweilen gar dramatischer Erlebnisse eine unterhaltsame Matinée zu bieten. So z. B. als ich als junger Stagiaire meinen Botschafter zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens im Schloss Laeken zu Brüssel dem belgischen König auf seine Frage die neue Skitechnik erklären sollte : Auslösung des Schwungs durch Rotation, Gegenschraube , Fersenschub. Illustration und Nachahmung gerieten zu einem Tänzchen zwischen mir und dem König vor entgeistertem Hofstaat. Der König dankte „amused“. Der Botschafter war „not amused“: Hoffmann als Diplomat kaum geeignet. Die Karriere schien beendet, bevor sie richtig begonnen hatte. Bern schickte mich dann nach Brasilien, wo ich mich gewichtigen Mulatas auch das Samba-Tanzen erlernte. Oder die Bombardierung meiner Residenz in Tripolis, am 16. April 1986 durch US- Bomber frühmorgens um 2 Uhr : Wie man davonkommt und zum Freund Ghadafis, dem die Residenz auch bombardiert wurde, erklärt wird. Überhaupt die Erlebnisse mit Ghadafi und wie man sich diese deklarierte Freundschaft zunutze macht. Beispielsweise : Im streng islamischen

Libyen alkoholische Selbsthilfe. Neben dem Töggelen mussten unsere Sekretärinnen das Bierbrauen in der Badewanne erlernen.

Solidarisch gaben wir das Rezept an unsere Schweizerkolonie weiter, worauf die Stümper die Fermentation nicht abwarteten, zu schnell in Flaschen abfüllten. Explosion. Die Nachbarn, natürlich alles Spione, rannten zum Kadi. Drei Schweizer in der Kiste. Alle wieder innert Tagen rausgeholt. Deal mit dem Geheimdienstchef.

Freund Khadafis. Alles ohne Bern, ohne Bundesrat und Parlamentarierreisli und vor allem ohne Massenmedien, Fait accompli. Fertig.

Oder etwa wie man mit Bombenattentaten und Raketenbeschuss zu leben lernt. Festliches Dîner in einer europäischen Botschaft zu Bagdad. Hauptgang serviert. Dann in nächster Nähe ein fürchterlicher Knall. Einschlag einer iranischen Scud-Rakete. Der britische Botschafter Ihrer Majestät mit einem Hecht unter den schweren Tisch, wo er sich zwischen den Beinen der Gastgeberin wiederfand. Wir oberhalb des Tisches starrten belämmert auf unsere gipsbestreuten Rindsfilets. Eine Runde Cognac zum Überleben und Übungsabbruch. Etwas anderes wären die vielen Begegnungen und Gespräche mit Diktatoren, europäischen Staatschefs oder mit zwei Päpsten im verwinkelten Labyrinth des Vatikans. Ja, es gäbe reichlich zu erzählen. Allein, mir steht heute der Sinn nach anderm. Um die Befindlichkeit der Mutter Helvetia. Ich muss Euch leider enttäuschen. Es ist nicht die Zeit zum Lachen. In der heutigen Situation ist bei uns Klartext angesagt.

Seit dem Umbruch der 90- iger Jahre ist offensichtlich geworden, dass

die Schweiz Mühe bekundet mit ihrem Stellenwert, ja ihrer Identität. Ihre Gemütslage, ihr Kompass ist ziemlich durcheinandergeraten. In der neuen Konstellation existiert das traditionelle Koordinatensystem nicht mehr. Es hat allgemeiner Unsicherheit, Volatilität, Wertezerrfall und Chaos Platz gemacht. Es zeichnen sich neue Machtkonstellationen ab. Wiederum, wie im 19. Jh., prägen Geopolitik und Machtansprüche die internationale Politik. Dabei ist Europa der Verlierer und darin kleinere Länder wie die Schweiz. Konfrontation wird die nächste Zukunft prägen. Eine seit dem 2. Weltkrieg dauernde Phase internationaler Rechtssicherheit geht ihrem Ende entgegen. Für die Schweiz bedeutet das, dass ihre bisherigen Trümpfe wie Neutralitätspolitik, humanitäres Völkerrecht, Schiedsgerichtsbarkeit, ihre Guten Dienste an Bedeutung verlieren. Ihr Bestreben nach Mitwirkung in allen möglichen internationalen Gremien, ihre oft forcierten Vermittlungsaktionen erschöpfen sich allzuoft in Ersatzhandlungen ohne Wirkung. In dieser Beziehung muss sich die schweizerische Aussenpolitik mehr Zurückhaltung auferlegen. Ein neutraler Kleinstaat kann sich Missachtung der realen Machtverhältnisse in der Welt nicht leisten. Die Schweiz ist einsam geworden. Ansprüche, Forderungen, Druck, Neid und Drohungen gegenüber der Schweiz als noch wohlhabendem Kleinstaat werden zunehmen. Ihr politisches Gewicht schwindet und ohne eigene Machtmittel und Allianzen ist sie einem härteren globalen Wettbewerb ausgesetzt.

II) Das Image der Schweiz- Ein Blick von aussen

Die heile, die Postkartenschweiz existiert nur noch in entlegenen Weltgegenden. Ich erinnere mich an den Schweizer Farmer, der in Brasilien auf unserer Botschaftskanzlei erschien, um seine Kinder im Zivilstandsregister eintragen zu lassen. Er taufte sie auf die Namen Wilhelm Tell und Schneewittchen. Haben wir gemacht. In Brasilien kein Problem ! In Europa besteht zwar Anerkennung unserer wirtschaftlichen Erfolge, unserer vergleichsweise politischen Stabilität. Aber man begegnet bis in Regierungskreise der Meinung, die Schweiz verdanke den Reichtum nur ihren Banken und nur wegen dieses Reichtums könne sie es sich erlauben, abseits zu stehen und nicht Mitglied der EU zu werden, so ähnlich wie Norwegen wegen seines Erdölreichtums. Von da ist es dann nicht mehr weit zur Rosinenpickerei, zum Triftbrettfahren, zur isolationistischen Schweiz. Die direkte Demokratie wird zwar als original schweizerisch anerkannt, was sie aber wiederum als Aussenseiter charakterisiere. Es war erschreckend festzustellen, wie wenig man in der Politelite Europas und der EU vom Funktionieren dieser direkten Demokratie weiss, wie wenig man gewillt ist, darauf im vielgestaltigen Europa überhaupt Rücksicht zu nehmen. Uneingestandenermassen, ja nur widerwillig beginnt man in diesen Kreisen angesichts des Kompassverlusts auch in der Krisen- EU von der Aktualität direktdemokratischer Willensbildung Kenntnis zu nehmen. Festzustellen ist ferner in Europa und den USA ein gewachsenes Misstrauen gegenüber der Schweiz. Man wirft ihr Schlaumeierei, stetes Ausweichen, Verschleppung und Problemaussitzen vor. Es verstärkte sich der Eindruck, dieses Verhalten nur durch Druck, ia

sogar durch die Kavallerie durchbrechen zu können. Und so kam es wie es kommen musste : Der Diktatvertrag mit den USA zur UBS bis zu FATCA, die schwarzen Listen der OECD und Nachbarstaaten, die ultimative Forderung der EU nach automatischer Übernahme ihrer eigenen Rechtsentwicklung, gekaufter Datenklau durch die Deutschen, und Ablehnung ausgehandelter Verträge, Nichtbeachtung der Personenfreizügigkeits- und Schengen-Dublinabkommen durch Italien, das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs betreffend Steuerabkommen, usw. usf. Kurz : Das Image der Schweiz befindet sich im Sinkflug. Es begann mit der völlig zerstrittenen 700- Jahrfeier der Eidgenossenschaft und dem von der Linken propagierten Kulturboykott, setzte sich fort mit dem Slogan „La Suiza no existe“ anlässlich der Weltausstellung in Sevilla. Es folgte das Swissair- Grounding. Es folgten die Angriffe der jüdischen Weltorganisationen und der US- Administration unter Clinton betreffend nachrichtenlose Vermögen, schweizerischen Bankenpraktiken und Nazigold. Es folgten die teilweise strafbaren Handlungen der UBS u.a. Grossbanken. Es folgte ein allgemeines „Swiss bashing“, bis zum ständigen Einknicken der Schweiz und kein Ende ! Überall in Europa mussten wir uns der Frage stellen „What’s going on in Switzerland ?“ Keine schöne Aufgabe für einen Botschafter an der Aussenfront.

Dazu kommt ein weiteres : Der ständige Abbau im Steinbruch unserer Armee lässt mehr und mehr an unserer Sicherheitspolitik, an unserem Grundsatz der dauernden und bewaffneten – ich wiederhole :

bewaffneten – Neutralität zweifeln. Parteien und Politiker unterschätzen vollständig die Aussenwahrnehmung unserer Polemik um die Armee. In keinem europäischen Land gibt es eine derartige linke Fundamentalopposition gegen die Armee wie in der Schweiz. Auch hier wird am Selbstbehauptungswillen unseres Landes, an unserer Bereitschaft zur Behauptung der verbliebenen Souveränität gezweifelt. Beargwöhnt wird ein zunehmendes Sicherheitsvakuum im Zentrum Europas.

Und auch in diesem für einen neutralen Staat vitalen Bereich wird ein schweizerisches Einknicken festgestellt. Die Schweizer Politik scheint ausserstande, die Sicht des Auslandes rechtzeitig wahrzunehmen.

Man mache sich keine weiteren Illusionen : Im Ausland glaubt man bereits längerfristig das Ende einer autonomen Landesverteidigung der Schweiz voraussehen zu können. Kurz : Die Aussensicht kommt in der Schweiz zu kurz !

III) Zur bisherigen Aussenpolitik der Schweiz

Spätesten seit den Zeiten von Calmy-Rey oszilliert unsere Aussenpolitik zwischen Aktivismus und Einknicken. Auf der einen Seite die zur Selbstinszenierung propagierte sog. „Aktive Neutralitätspolitik“ und „Public Diplomacy“, auf der anderen Seite eine passive, zögerliche Abwehrhaltung mit völlig falsch gesetzten Prioritäten. Zu konstatieren sind hier Selbstüberschätzung gepaart mit Naivität. Die internationale Nachfrage nach Guten Diensten der Schweiz in denn auch in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

Aussenpolitisch mag die Schweiz bisweilen noch von Nutzen sein,

aber ohne Einfluss. Und Freunde erhält sie damit keine.

Die nüchterne Bilanz :

Unsere Aussenpolitik wurde zu einer Politik von aussen. Einer Politik ohne vorausschauende Strategie, ohne Krisenmanagement. Einer Aussenpolitik, die zu spät und zögerlich auf absehbare Entwicklungen reagiert und dies mit zunächst trotzigem Reaktionen zu kompensieren versucht. Dann folgt regelmässig mit zunehmenden Druck derselbe Ablauf : Verunsicherung, Hinausschieben, juristische Verrenkungen, interne Streitereien auf offener Strasse, und schliesslich Einknicken. Wie das Kaninchen vor der Schlange wandelt sich der Bundesrat zum Bittsteller. Dieser Ablauf ist inzwischen vom Ausland, insbesondere den USA, der EU und der grössern Nachbarstaaten längst erkannt und wird systematisch ausgenützt. Nach jedem Einknicken werden stets zusätzliche Forderungen gestellt ohne jede Gegenleistung. Die Schweiz wird systematisch als Schuldiger in die Defensive gedrängt und steht heute völlig mit dem Rücken zur Wand.

Zusammenfassend : Bei uns gilt die Regel : Ich gebe nach, Du gibst nach und wir finden einen Kompromiss. Bei den Grossen hingegen gilt das Prinzip des Nachstossens (wie wir das im Militär gelernt haben sollten) : Du gibst nach, wir stossen nach, fordern mehr und setzen uns durch. Klassisches Beispiel für unsere Naivität und Krisenuntauglichkeit im Schönwetterland. Vom Sonder- zum Sanierungsfall !

Im Speziellen : Das gegenwärtige Verhältnis der Schweiz zu den USA und zur EU

Ich beschränke mich auf Stichworte :

Begonnen hat das Forechecking der USA mit der Durchsetzung von Gruppenanfragen betreffend amerikanische Bankkunden, ein Vorgehen, welches verbotenen „Fishing Expeditions“ sehr nahe kommt.

Der vom Bundesrat unter Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien mit den USA ausgehandelte Vertrag, welcher der UBS erlaubte, codierte Kundenliste auszuhändigen. Nicht anonymisierte Namenlisten sollten erst ausgehändigt werden, wenn eine Globallösung (d.k. inkl. Altlasten) gefunden worden wäre. Die USA dachten nicht daran, sich auf irgendwelche Kompromisse einzulassen. Der Bundesrat knickte ein. Er erteilte nun den Banken die Bewilligung, wie von den USA gefordert, auch uncodierte Namenlisten zu liefern. Wieder ohne jede Gegenleistung. Dies genügte den USA immer noch nicht. Es folgte der direkte Zugriff, ohne den vertraglichen Weg der zwischenstaatlichen Rechtshilfe zu benützen, auf die Bank Wegelin. Zwar hat diese Bank ohne in den USA aktiv zu sein, doch gegen US- Recht verstossen, nicht aber gegen Schweizer Recht. Es folgte keine Verteidigung durch den Bundesrat. Diesem Direktzugriff der USA konnte eine private Bank nicht standhalten. Bestätigt durch diesen Erfolg nimmt nun die US- Administration weitere Schweizer Banken (darunter die Kantonalbanken Zürich und Basel) ins Visier. Ein weiterer direkter Zugriff der USA auf schweizerische Banken erfolgte mit der Aufforderung an die CS, Konten zu sperren bzw. einzufrieren. Gemäss Schweizer Recht kann ein Bankkonto nur auf Anordnung eines Gerichts oder der Staatsanwaltschaft eingefroren werden. Für derartige Begehren sind die Rechts- und Amtshilfeverträge zwischen der Schweiz und den USA abgeschlossen worden. Pacta sunt servanda. Die USA haben sie missachtet. Der Bundesrat nahm es hin. Er hätte

der willfähigen Grossbank auch eine Klage gemäss StGB Art 271

(Verbotene Handlung für einen fremden Staat, allenfalls Art. 273

Wirtschaftlicher Nachrichtendienst) androhen können. Nicht genug

damit, haben nun die USA mit FATCA weltweit, darunter vorzugweise der

Schweiz, ihr eigenes Steuersystem, ihre eigenen fiskalischen Interessen

förmlich aufgezwungen. Besonders problematisch im sog. FATCA-

Vertrag ist die dynamische Klausel, wonach die Schweiz auch alle

künftigen Änderungen diese Diktats zu übernehmen hat. Auch diese Kröte

war der Bundesrat gezwungen zu schlucken. Nun droht via OECD und

G- 20 dieses Steuerdiktat der Grossen, von den Banken auch auf

international tätige Firmen ausgedehnt zu werden. Die Folgen für den

Wirtschafts- und Finanzplatz Schweiz sind noch nicht absehbar.

Und dies alles, ohne dass die Schweiz wie gesagt seitens der USA irgend

etwas erhalten hätte. Die von ihr angestrebte Globallösung nach wie vor

nicht in Sicht. Fazit : Der Rechtsstaat Schweiz sowie das Völkerrecht

werden von den USA systematisch ausgehebelt.

Zum Verhältnis Schweiz - EU

Nach dem schweizerischen Nein zum EWR- Beitritt 1992 muss das

jahrelange, mühsame Aushandeln der bilateralen Vertragspakete I und II

als Erfolg der schweizerischen Diplomatie gewertet werden. Beim

Vertragspaket Schengen / Dublin sind inzwischen die Meinungen geteilt.

Seither ist der bilaterale Weg zum Stillstand gekommen. Mit zunehmender

Insistenz fordert die EU von der Schweiz eine automatische Übernahme

des EU- Rechts im Binnenmarkt sowohl für die bestehenden als auch für

neue Verträge. Dazu fordert sie im Steuerstreit mit der Schweiz den automatischen Informationsaustausch anstelle des schweizerischen Systems der Abgeltungsteuer. Auch hier ist ein Einknicken des Bundesrates absehbar. Frau Widmer-Schlump hat ja bereits vorgespurt.

Das Aufbrechen des Bankgeheimnisses war nur der Anfang. Das Hauptargument der EU, wonach sie in einem für 27 bzw. 28 Mitgliedstaaten für einen Aussenseiter nicht spezielle, vorteilhaftere Regeln akzeptieren könne, welche Rechtseinheit und Sicherheit im Binnenmarkt relativieren, ist nachvollziehbar und muss berücksichtigt werden.

Es bleiben nur wenig Optionen : Status quo, Beitritt zur EU, zum EWR, oder ein Andocken an die EWR- Institutionen (sog. EWR light).

Vorläufig hält die Schweiz am bilateralen Weg fest. Bern wird wohl erst auf einen andern Modus umschalten, wenn der Leidensdruck zu gross geworden sein wird. Ähnliches lässt sich von den systematischen Angriffen der EU und insbesondere Deutschlands und Frankreichs auf unser Steuersystem vermuten : Sie werden die Argumente der Schweiz nicht akzeptieren. Warum auch ? Wie gesagt, es hat sich herumgesprochen, dass die Schweiz als Zitrone ausgepresst werden kann. Das Einknicken gegenüber den USA wird sich auch die EU zunutze machen.

Gemäss meinen Erfahrungen in 6 mittleren und kleinern EU-Mitgliedstaaten muss ich zur Option EU- Beitritt noch folgendes feststellen : Ihre Identität vermochten sie grosso modo zu bewahren. Ihr Beitritt zur EU ist aber nicht mit einem eventuellen Beitritt der Schweiz zu

vergleichen. Sie hatten nicht den hohen Preis einer Beschränkung ihrer politischen Institutionen und damit ihrer Identität zu bezahlen wie dies die Schweiz mit ihrer direkten Demokratie, ihrem Foederalismus sowie generell mit ihrem Staatsaufbau von unten nach oben tun müsste.

Dazu kommt, dass diese Mitgliedstaaten der ständig zunehmenden Sozialisierungs- und Zentralisierungspolitik Brüssels wenig bis nichts entgegenzusetzen haben. Ihre Mitentscheidungsrechte werden zunehmend durch das eigenmächtige Vorgehen der EU- Politelite relativiert. Beim schwindenden Einstimmigkeitsbereich sind ihre Vetomöglichkeiten praktisch gleich Null. Die vielbeschworene Solidarität und das Subsidiaritätsprinzip weitgehend Schall und Rauch. Die bisherigen Erfahrungen mit Parlament und Bundesrat erlauben keine Illusionen mehr, dass die Schweiz gegen Entscheide Brüssels und der Grossen in der EU es je noch wagen würde, ein Veto einzulegen. Schon nur bei einer vertraglich erlaubten Anwendung der Ventilklausel im Personenfreizügigkeitsabkommen wand und drehte sich der Bundesrat wie ein Wurm :

Burkhalters grosse Angst, das Missfallen Brüssels zu erregen. Dies vor allem ins Stammbuch jener Beitrittsbefürworter, welche als Argument immer wieder eine mögliche Mitentscheidung unseres Landes in der EU in Aussicht stellen.

Ich bin gerne bereit, über gangbare Lösungen, welche die grundsätzlichen Interessen sowohl der EU als auch der Schweiz berücksichtigen zu diskutieren. Dabei ist aber ganz klar festzuhalten, dass der ständige, selektive Souveränitätsverzicht um einzelner Verträge willen für die Schweiz kein gangbarer Weg sein kann.

Auch hier : ständiges Einknicken des Bundesrats und zähneknirschendes Absegnen von „Faits accomplis“ durch das Parlament müssen endlich aufhören ! Sie sind unseres Landes unwürdig. Wissen Bundesrat und Parlament nichts Besseres, als stetiges Einknicken, so ist ein Marschhalt am bilateralen Scheideweg angezeigt. Es ist nicht so, dass auch wir angesichts der tiefen EU- Krise nicht warten könnten !

IV) Die Anforderungen an eine zeitgemässe schweizerische Aussenpolitik (Soll-Zustand)

Was tun ?

Zwei grundsätzliche Dilemmata bestimmen diese Anforderungen :

Zum Ersten : einerseits die Forderung zu grösserer Zurückhaltung bzw. Mässigung betreffend internationale Einmischung à la aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik. Andererseits eine offensivere Aussenpolitik als Interessenpolitik.

Zum Zweiten : Die Grenzziehung zwischen notwendiger Anpassung an internationale Entwicklungen der Globalisierung einerseits und Verteidigung unserer grundsätzlichen Werte andererseits.

Zwischen Skylla und Charibdis den rechten Weg zu finden, ist zunächst ein Mentalitätswandel notwendig, weg vom bedächtig reaktiven „Uns geht es ja gut“ zu einem geschärften Problembewusstsein für internationale Entwicklungen. Weg vom Image des etwas naiven Musterschülers, der sich ständig Zugeständnisse abringen lässt, ohne den Mut, sich wirklich zu wehren.

Das wird uns schwerfallen. Die Mentalität der im Wohlstand verwöhnten Schweizer ist auf pragmatische Kompromisse des Einvernehmens ausgerichtet, eignet sich nicht für strategisches Denken in Szenarien und hat jegliche Krisenresistenz eingebüsst. Das ist das eine. Zum andern ist vorab der Bundesrat gefordert. Nach dem Abgang von Calmy-Rey muss er entschieden aufräumen mit der Verzettelung unserer Aussenpolitik, muss aussortieren und klare Prioritäten setzen. Konkret : Priorität sind nicht mehr Giesskannenpolitik nach dem „A dabei-Universalitätsprinzip, nicht mehr sog. aktive Neutralitätspolitik, weder globale Friedenspolitik, weder Aktivitäten am Hindukusch, im Nahen Osten und Afrika, sondern der eigene Kontinent, Europa, die EU, unsere Nachbarländer sowie die USA.

Unter Calmy-Rey hat die Schweiz Europa und die USA sträflich vernachlässigt. Ihre Ära war geprägt von Aktionismus und Hektik auf vielen Schauplätzen in der weiten Welt und gleichzeitiger Passivität in Europa.

Das Parlament und seine APK haben dem tatenlos zugeschaut. Es mangelt ihm an aussenpolitischen Köpfen mit Weitsicht.

Eine zeitgemässe Aussenpolitik muss härter, konsequenter, sie muss zur Interessenpolitik werden. Wiederum konkret :

- An oberster Stelle steht die Aufgabe, das Verhältnis Schweiz - EU zu stabilisieren. Das wird nicht ohne eine Annäherung an die EWR-Mechanismen gehen. Der EWR ist auf den „Acquis Communautaire“ des Binnenmarktes beschränkt. Beschränkt sich die Forderung der EU nach automatischer Rechtsübernahme auf diesen Binnenmarkt wie er

heute besteht, könnten wir damit leben. Er ist mit dem automatischen Nachvollzug durch Eurolex schon weitgehend Realität. Das Problem besteht nun aber darin, dass die EU diesen Bereich schrittweise ausweitet, was dazu führt, dass die Grenzen zwischen den verschiedenen Politikbereichen fliessend werden. Diese stetige Ausdehnung droht die vom EWR nicht erfassten Bereiche der Steuern, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Asyl, Justiz und Inneres in den Bereich Binnenmarkt zu integrieren und damit auch für diese Bereiche die automatische Rechtsübernahme einzufordern.

Im Steuerstreit besteht die grösste Gefahr nicht im AIA, sondern im Harmonisierungsdruck auf die Schweiz zulasten des Steuerwettbewerbs und der Steuerhoheit der Kantone.

Hier muss die schweizerische Aussenpolitik bei aller Verhandlungsbereitschaft die rote Linie markieren und daran bei Druckzunahme auch festhalten. Tut sie das nicht, werden unsere Standortvorteile wie unser Steuersystem und unsere Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zur Makulatur.

Insgeheim ist dies das Ziel der EU und den USA : Gleich- und Ausschaltung des erfolgreichen Wirtschaftskonkurrenten Schweiz.

M.a.W. : Die Schweiz als Nichtmitglied in ein Protektorat der EU umbiegen !

Die rote Linie im Verhältnis zur EU :

-Wirtschaftspolitisches Kriterium : Zulasten oder zugunsten unserer Wettbewerbsfähigkeit. Beibehalt oder Verlust unseres Systems des föderalistischen Steuerwettbewerbs.

Staatspolitisches Kriterium ; Verlust oder Erhalt unserer Gesetzgebungsautonomie und der grundlegenden Werte der Bundes-

verfassung. Abbau oder Erhalt der uns verbliebenen Souveränität.

Unter diesen Prämissen muss eine Lösung der Divergenzen mit der EU gefunden werden. Wie das Kind getauft, allenfalls weiterhin unter der Worthülse „bilateral“, verkauft wird, ist letztlich sekundär. Im Verhältnis zur EU muss die Schweiz aber auch offensiver werden. Beispielsweise durch Koordination bzw. stillschweigende Allianzen mit kleineren EU- Mitgliedstaaten. Im Steuerbereich ist zwar Luxemburg bereits eingeknickt. Oesterreich und die Schweiz werden folgen. Aber allgemein besteht Misstrauen gegen eine Hegemonie der Hochsteuerländer wie Frankreich und Deutschland, die darauf abzielen, die gesamte bisher den Nationalstaaten vorbehaltene Fiskal- und Sozialpolitik in ihrem Sinne zu vergemeinschaften. Ein zunehmender Widerwille gegenüber dem zentralisierenden Diktat von Paris und Berlin, gegenüber dem Demokratiedefizit in der EU ganz allgemein, dem Bürokratismus des Monsters Brüssel, könnte sich die Schweiz besser zunutze machen. Bern war bisher viel zu sehr auf Brüssel und die EU- Kommission fixiert, ohne ihrerseits die verschiedenen Strömungen in der EU gegeneinander auszuspielen. Wenn schon Anpassungen, dann nicht einfach Einknicken. Einknicken bedeutet ständige Zugeständnisse zu unserem Nachteil ohne Gegenleistungen. Wenn schon im Steuerstreit mit der EU Konzessionen gemacht werden müssen, dann nicht ohne Gegenleistungen (bsp. gleichzeitige Regelung der Altlasten, bei der Unternehmensbesteuerung das „Me too-Prinzip“ sowie dem Marktzugang für Finanzdienstleistung. Kurz : Es fehlt an einer offensiven

Verhandlungsstrategie.

Gegenüber den USA geht es vor allem darum, die völkerrechtswidrigen Übergriffe in den Souveränitätsbereich anderer Staaten international wirksam an den Pranger zu stellen. Andern Staaten das eigene Recht aufzuzwingen durch extraterritoriale, direkte Zugriffe unter Missachtung von Rechtshilfeverträgen muss im Rahmen internationaler Organisationen wie UNO, OECD und G- 20 thematisiert werden. Bekämpft werden muss die steuerliche Doppelmoral insbesondere der USA und Grossbritanniens.

Das wäre eine Aufgabe für eine offensive schweizerische Aussenpolitik.

Sie könnte das internationale Genf auch mal in eigener Sache benützen.

Die ständig in die Schmutzdecke gestellte Schweiz hat nichts von alledem unternommen. Aber auch gar nichts.

Ferner : Interessenpolitik = Standortpolitik. Gleichzeitig Anpassung und

Verteidigung des Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz. Dazu eine

Einsicht, die nicht allen gefallen wird : Unser Grossbankensektor ist zur

Achillesferse, ja zum Klumpfuss der Schweizer Wirtschaft geworden.

Den Zerfall des Bankgeheimnisses, vom Bundesrat als nicht verhandelbar

deklariert, ist von den Grossbanken selber und nicht von der Politik

verursacht worden. Deren spekulative Praktiken im Eigengeschäft, deren

krumme Geschäfte in den USA und anderswo bewirkten, dass die ganze

Schweiz erpressbar geworden ist. Die Rettung der sogenannten „Too Big to

fail“ hat die Politik in Geiselschaft genommen. Und trotzdem scheint bei

diesen Banken und ihren Bankern keine Einsicht zu herrschen : weiterhin

die unausrottbare Gier nach Grösse, Gewinnmaximierung mit

undurchsichtigen Produkten und Praktiken, Boni- Exzessen, Abschieben von Schulden an den Steuerzahler, Abschieben von Verantwortung nicht nur durch Verrat von Kunden und Mitarbeitern, sondern auch unseres Rechtsstaats ! Sie haben es sich selber zuzuschreiben, dass sie vom Gesetzgeber mehr an die Kandare genommen werden. Die vom Bundesrat deklarierte Weissgeldstrategie ist eine notwendige Anpassung, soll der Finanzplatz Schweiz international nicht völlig ins Abseits geraten. Die Redimensionierung des Banken - und Finanzsektors, sowie die Förderung des Werkplatzes Schweiz sind eine der vordringlichsten Aufgaben einer zeitgemässen schweizerischen Aussenpolitik geworden. Wiederum mit dem Blick von Aussen : Das Gebaren arroganter, unter Grössenwahn leidender Banken hat unser Verhältnis zur Welt, zur EU und unsern Nachbarn belastet, ja vergiftet und uns allenthalben Neid, Missgunst, Drohungen und den Vorwurf schierer Profitsucht eingetragen.

Schliesslich : Unsere **Asyl- und Ausländerpolitik**, diese ewige

Pflästerlipolitik ist ein einziges Trauerspiel. Statt vieler Worte nur ein Erlebnis als Botschafter in Finnland :

Eines schönes Morgens landeten in Helsinki etwa 300 Romaflüchtlinge aus Tschechien und der Slowakei. Die sozialistische Staatspräsidentin Halonen liess sie noch im Flughafen in zwei Maschinen verfrachten und postwendend zurück in die Herkunftsländer spedieren. Der Rest war Sache des dortigen finnischen Botschafters. Fait accompli. Kein Aufschrei in den Massenmedien, kein Protest in UNO- Menschenrechtsrat und Flüchtlingshochkommissariat. Nichts. Bei uns dauert die Behandlung eines

Asylgesuchs durchschnittlich 1400 Tage, danach kann jeder bleiben.
Rückschaffung unzumutbar. Weiterer Kommentar überflüssig. Hingegen
der Kommentar Halonens mir gegenüber : „I know and I like Switzerland.
But this mess you have I never would accept for my country !“ Der
Beitrag unserer Aussenpolitik zur Eindämmung des grössten
innenpolitischen Problems marginal.

Wie lange muss sich Mutter Helvetia noch auf der Nase herumtanzen
lassen ? Zusammengefasst : Eine Migrationsstrategie muss in die
Aussen- und Wirtschaftspolitik integriert werden.

Dies also sind die Felder für eine zeitgemässe Schweizer Aussenpolitik.
Ihre oberste Maxime aber lautet : Unser Haus selber in Ordnung halten.
damit es nicht andere an unserer Stelle tun !

„Im Hause muss beginnen, was leuchtet soll im Vaterland“ (sinngemäss,
in der Welt) : Ihr dürft selber raten, von wem dieses Zitat stammt.

Damit komme ich abschliessend noch auf das Verhältnis zur Innenpolitik
zu sprechen. Warum ? In der Schweiz ist die Kluft zwischen ihrer
Aussen- und Innenpolitik zu gross. In der Schweiz hat sich die
Aussenpolitik nach der Innenpolitik zu richten und nicht umgekehrt. Sie
hat die schweizerischen Interessen und Werte nach aussen zu verteidigen.
In unserer direkten Demokratie kann eine Aussenpolitik ohne
grossmehrheitliche Zustimmung des Souveräns, von Volk und Ständen
nicht betrieben werden. Mit dem gesunden Misstrauen des Volkes
gegen modische Zeitströmungen bremst es den Aktivismus der
politischen Eliten. Und das ist gut so. Die Schweiz ist noch das,

was sie ist, dank der direkten Demokratie.

Damit angesprochen ist eine grundlegende Schnittstelle zwischen unserer Aussen- und Innenpolitik, das Verhältnis von Völkerrecht zu unserm Landesrecht. Dazu kann ich Euch einen stichwortartigen Exkurs nicht ersparen.

Art. 5 der Bundesverfassung hält fest, dass Bund und Kantone das Völkerrecht zu „beachten“ haben. Beachten heisst nicht unbedingt befolgen. In Lehre und Rechtsprechung wurde daraus der Schluss gezogen, dass zumindest das zwingende Völkerrecht, das sog. „ius cogens“, Verfassungsrecht vorzugehen habe. Mit zwingendem Völkerrecht ist insbesondere gemeint das Verbot von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Sklaverei und Folter. Das ist allgemein anerkannt, auch eine direkte Demokratie ist an diese völkerrechtlichen Grundsätze sowie das Prinzip „pacta sunt servanda“ gebunden.

Nun hat sich aber in letzter Zeit eine Tendenz breitgemacht – insbesondere bei Völkerrechtsprofessoren, Bundes- und Menschenrechtsgerichtshof- den Bereich des zwingenden Völkerrechts immer mehr auf alles Völkerrecht auszudehnen.

Dabei im Fokus steht die Europäische Menschenrechtskonvention. Dass sie für die Schweiz verpflichtend ist, entspricht auch unserem Rechtsempfinden. Problematisch ist indessen die systematische Ausdehnung und Verwässerung dessen, was Menschenrechte sind. Dasselbe lässt sich von der steten Ausdehnung des Flüchtlingsbegriffs sagen.

Dazu werden immer mehr Rechte und Forderungen seitens internationaler

Organisationen, Bürokraten und juristischer Experten erhoben. Ausufernde Interpretationen sind die Folge. So werden gemäss den UNO- Pakten über politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Recht auf Arbeit, gleicher Lohn, Recht auf angemessenen Lebensstandard, Recht auf Trinkwasser, Recht auf Geburtenplanung etc. als Menschenrechte proklamiert. Auch private Unternehmen inklusive Investoren haben nun diese und andere „Social rights“ als Menschenrechte einzuhalten. Menschenrechte unterliegen mittlerweile einer ideologisch motivierten Aufblähung. Ja man kann geradezu von einer Menschenrechts- und Asylindustrie mit ihren organisierten Profiteuren sprechen. Es ist gar nicht mehr .so weit bis zum Menschenrecht auf Handys und Flachbildschirm (wie kürzlich in einem Artikel zu lesen war). Wie solches Völkerrecht konkret zustande kommt, habe ich an zahlreichen internationalen Konferenzen als Delegationsmitglied hautnah erlebt. Wie das geschieht, darüber hört man von den Rechtsprofessoren nur wenig. Derartige Konventionen der UNO, der Internationalen Arbeitsorganisation und anderer Spezialorganisationen wie auch der Europäischen Menschenrechtskonvention werden vom Parlament als Routineakte durchgewinkt, vom Bundesrat ratifiziert, somit verbindlich. Der Souverän, das Volk aber hat dazu nichts zu sagen. Das ist durchaus so gewollt. Alle diese Pakte und Resolutionen entwickeln eine ungeahnte Dynamik innenpolitisch weitreichender Folgen. Es hat sich ein stetig wachsendes System indirekter Rechtsentwicklung gebildet ohne demokratische Legitimation. In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zum Menschenrechtsrat in Genf. In diesem, auf Initiative von Calmy-Rey und anderer Gutmenschen kreierte Gremium haben

diejenigen Staaten, welche die Menschenrechte am meisten verletzen, die Mehrheit. Diese Staaten, von Russland, Iran, der Türkei, über afrikanische Potentaten bis zu Nicaragua, mahnen die Schweiz zur bessern Einhaltung der Menschenrechte, beispielsweise die sozialen Rechte der Kinder mit staatlichen Programmen zu fördern. Und natürlich fordern sie von der Schweiz immer mehr Geld, vor allem in der Entwicklungshilfe. Es macht den Anschein, dass die Regierung in Bern die einzige ist, die diesen Menschenrechtsrat ernst nimmt und schuldbewusst Besserung verspricht. Aufstockung der Entwicklungshilfe von 0,5 auf 0,7 % des PIB und gleichzeitig Reduktion der Kosten für unsere Landesverteidigung : Calmy-Rey hat der Schweiz ein schönes Kuckuckei ins Nest gelegt !

Diese Entwicklung hat innenpolitisch zur Folge, dass sich das Bundesgericht, die sogenannte Politelite, namentlich der Linken, daran machen, das Initiativrecht des Volkes wegen angeblicher Unvereinbarkeit mit Menschenrechten immer mehr einzuschränken. Das pauschale Hauptargument dieser Kreise lautet, dass auch das Volk nicht immer recht hat. Das mag stimmen, nur frage ich : Wer aber an Stelle des Volkes hat in einer direkten Demokratie immer recht ? Der Richterstaat ? Die Gescheiten ? Minderheiten ? Die Politik ? Auf solche Fragen kriegt man von Bundesrat und Rechtsgelehrten nur Allgemeinplätze zu hören. Wie in der Aussenpolitik : innenpolitische Erosion, der Souveränität.

Also, erstes innenpolitisches Problem ein Rechtsstaatsproblem : Ausdehnung völkerrechtlicher Begriffe wie Menschenrechte oder Flüchtlingsstatus : Alle, die sich irgendwie bedroht fühlen, wirtschaftliche

Not geltend machen, Dienstverweigerer mit oder ohne Schleudertrauma, beanspruchen heutzutage, den Flüchtlingsstatus, vorzugsweise in der Schweiz mit ihrem vorauseilenden Gehorsam und Naivität des Musterschülers. Auch das hat sich in den Herkunftsländern Asylsuchender herumgesprochen.. Wenn es so weitergeht, können auch 1,5 Milliarden Chinesen und ganz Nordkorea in der Schweiz um Asyl nachsuchen. Gerichte, Völkerrechtsexperten und Linke sind daran, am direkt-demokratischen Ast zu sägen, auf dem wir sitzen. Ihnen muss Einhalt geboten werden. Besorgnis macht vor allem deren schrittweises und systematisches Vorgehen. Anders als Bundesrat und in Parteipolitik verstricktes Parlament hat das tumbe Volk eigentlich immer vernünftig, nach gesundem Menschenverstand und beiden Beinen auf dem Boden entschieden.

Das zweite, damit zusammenhängende Problem ist die innenpolitische Rechtsstaatsverluderung. Die Politiker scheinen nicht mehr zu wissen, was eine Verfassung, das Grundgesetz eines Staates, eigentlich ist. Alles und jedes muss jetzt in die Bundesverfassung bis zum obligatorischen Flötenunterricht für Kleinkinder. Ganz allgemein muss von einem Niedergang der Gesetzgebungskultur gesprochen werden. Aktivismus und Schnellschüsse sich wichtig machender Parlamentarier werden über Nacht zur Makulatur, müssen immer häufiger revidiert werden (siehe Strafrecht), führen zu Rechtsunsicherheit, Unbeständigkeit und immer neuen Gesetzen. 6000 parlamentarische Vorstösse pro Legislaturperiode sind zuviel !

Immer neue Gesetze, anstatt die bestehenden durchzusetzen. Es ist der politisch billigste Weg. Am augenfälligsten ist diese Entwicklung im bereits endemischen Vollzugsdefizit von Volksentscheiden und Gesetzen.

Bei der Ausländer- und Asylpolitik, der Sanierung der Sozialversicherungen, der Verschandelung der Landschaft ist das Malaise mit Händen zu greifen. Das bisherige Raumplanungsgesetz hat die galoppierende Zersiedelung unseres Landes nicht etwa gebremst, sondern sogar noch verstärkt. Parteien, Politiker haben diese eklatanten Vollzugsdefizite beiseitegeschoben, ja ignoriert. Behörden sind nicht willens, auch unbequeme Entscheide zu treffen. Ausreden, Beschönigungen, Relativieren, Abschieben von Verantwortung. Und immer wieder : niemand ist schuld. Von konsequenter Umsetzung in Kraft getretener Gesetze kann hierzulande keine Rede sein. Eine Folge dieser Politik sind dann eben auch ultimative Volksinitiativen, die einerseits verschleppt und relativiert werden. Solche Volksinitiativen aber sind nötig, und sei es als Paukenschläge, um saumselige Behörden aufzuwecken. Es gehört leider zum Gesamtbild, dass jetzt auch noch Volksinitiativen nötig sind, um angenommene Volksinitiativen umzusetzen. Auch hier : Vollzugsdefizit.

Ein drittes innenpolitisches Ultimatum : Keine weiteren Schulden anhäufen !

Eigentlich sollte dies selbstverständlich sein mit dem Anschauungsunterricht, den die EU zur Zeit bietet. Scheint aber bei vielen Sozial- u.a. Parlamentariern nicht der Fall zu sein. Zu gross die

Versuchung, sich mit immer neuen Forderungen an den Staat unter dem Motto Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Umverteilung zu profilieren und bei den Wählern beliebt zu machen. Das „Kaputtsparen“ der Linken reine Mär. Jedes Jahr steigt die Schuldenquote des Staates. Auch hier : Mässigung, Einhalt gebieten. Eine Schuldenbremse auch für die Sozialversicherungen, konsequente Bekämpfung offensichtlicher Missbräuche, Reduktion grassierender Subventionitis sind das Gebot der Stunde.

Schliesslich sei hier noch ein viertes Grundsatzproblem genannt, das wohl am schwersten zu vermitteln ist. Es betrifft die heilige Kuh der Ökonomie : die angebliche Notwendigkeit stetig steigenden Wachstums. Stetiges Wachstum wird als unabdingbar betrachtet für den Fortschritt. Wo stünde unsere Wohlstandsgesellschaft heute ohne den Fortschritt ? Indessen : Immer mehr Wohlstand, immer mehr Fortschritt, unterliegt ebenfalls dem ökonomischen Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Es liegt in der Natur des Menschen seit Adam und Eva bis zum Hansdampf im Schneckenloch, dass er nie zufrieden ist mit dem, war er hat. Ihr kennt den antiken Mythos vom Flug des Ikarus. Er ist aktuell wie eh und je. Der Circulus vitiosus : Je mehr Wohlstand, desto mehr Bedürfnisse. Der Mensch ist unersättlich, nie zufrieden bis es chlopft. Früher litten die Menschen bei uns an Unterernährung, heute an Überernährung.

In der Migros, im Coop gibt es nicht eine Käseabteilung, sondern deren vier ! Was geschieht wohl mit all' dem Käse ? Entsorgung, die grosse

Verschwendung. Die Akteure der kapitalistischen Marktwirtschaft kreieren immer neue Bedürfnisse, um dann noch deren Beseitigung zu vermarkten.

Das alte Rom, bereits angefault im Überfluss, kannte dafür die Einrichtung der Vomitorien. Zwar haben wir als Fuxen unter Anleitung des Leibburschen gelernt, im Kneipen- WC anständig zu kotzen, ohne Schuhe und Kravatte zu beschmutzen. Sich entleeren, um dem § 11 weiter Genüge zu tun. Unsere heutige Wohlstandsgesellschaft aber kennt keine Vomitorien mehr. Was ich sagen will : Geht das mit dem Wohlstandswahn so weiter, wird aus dem Fortschritt durch Überdehnung ein Rückschritt.

Das unbekümmerte Anhäufen von Schulden bis zum Kollaps des ganzen Wirtschaftssystems gehört dazu.

Fortschritt : Von der Maschine zum Roboter, vom künstlichen Gehirn zum Golem ! Und dann die Angst vor dem nicht mehr zu kontrollierenden Roboter, der uns vernichtet.

Qualitativer Fortschritt ja, aber weg vom quantitativen Konsumfetischismus. Fortschritt von Konsum abkoppeln, hin in Richtung qualitativer Lebensverbesserung. Mehr Selbstgenügsamkeit, mehr Ruhe, mehr Musse, gesünder und einfacher leben, Geselligkeit, die Natur geniessen anstatt sie zu zerstören. Kurz, mehr Mässigung im Überfluss.

Kein Wachstum um des Wachstums willen im Zeichen steter Geld- und Gewinnvermehrung. Ein Philosoph würde sagen : Etwas mehr Stoizismus, etwas weniger Hedonismus. Exponentielles Wachstum bedeutet in einer Gesellschaft wie der unsern systematische Zerstörung der Natur, aktuell Verschacherung des Alpenraums, bedeutet steigende

Kriminalität (gemäss Kriminalitätsstatistik 2012 Ausländeranteil 53 %, Zunahme bei Asylbewerbern : 40 %), bedeutet Kollaps des Verkehrs, des Sozialversicherungssystems, bedeutet Zersiedelung, Umweltverschmutzung, Aggressivität durch Dichtestress, bedeutet steigende Immobilienpreise und Mieten, bedeutet Verlust an Lebensqualität für Jedermann. Einfach noch mehr Autobahnen, noch um 7 Minuten schnellere Züge zwischen St Gallen und Genf, noch mehr Autobahnen, noch mehr Menschen und Bauten wie das eine bürgerliche Partei fordert, gefangen im quantitativem Denken, das Menetekel an der Wand, ignorierend ? Wollen wir das wirklich ? Nur immer mehr Rechte und Ansprüche sind in der Politik wichtiger geworden als Pflichten und Selbstverantwortung. Im übrigen kann man es drehen und wenden wie man will : Der ständig wachsende Zustrom von Menschen in ein kleines, völlig überbautes Land von 41.000 km² mit dem in Europa weitaus grössten Ausländeranteil muss viel konsequenter reduziert werden. Eine Ventilklausel genügt dazu nicht.

Die skizzierten Problemfelder im innenpolitischen Bereich beleuchten Züge einer pathologisch anmutenden Wegwerfmentalität und Wohlstandslethargie. Sie widerspiegeln sich in unserer Aussenpolitik. Das eigene Haus in Ordnung halten. Mehr Disziplin. Mehr Disziplin bedeutet mehr Berechenbarkeit. Aussen wie innen. Darauf ist der langfristige Erfolg eines kleinen Landes angewiesen.

V) Schluss

In Gottfried Keller's meisterhafter Novelle „Das verlorene Lachen“, im Zyklus „Die Leute von Seldwyla“, einer damals wie heute aktuellen

Gesellschafts- und Wirtschaftskritik, haben am Ende Jukundus und Justine ihr Lachen wiedergefunden. Möge auch Mutter Helvetia dereinst ihr Lachen wieder finden.

1959 durfte ich als Kantonschüler und Fuxmajor die Maienzugrede halten.
2013 als Pensionär das Referat am Tag unserer Verbindungen. Damit hat sich für mich gewissermassen ein Kreis in Aarau geschlossen.

Ich danke dem A. H.-Vorstand des KTV und seinem Präsidenten, dass sie mir dazu Gelegenheit geboten haben. Euch, lieben Commilitonen und Commilitoninnen, für Eure kollegiale Aufmerksamkeit, pro oder contra, ein Spezielles ! Und nach einem die Geduld strapazierenden Referat ist Einkehr nötig. Will sagen, für uns zunächst gesellige Einkehr ins Wirtshaus ! Dixi.